

MEDIENKONFERENZ VOM 15. APRIL 2020

Daniel Lampart, SGB-Chefökonom und Sekretariatsleiter

Löhne garantieren – Entlassungen verhindern

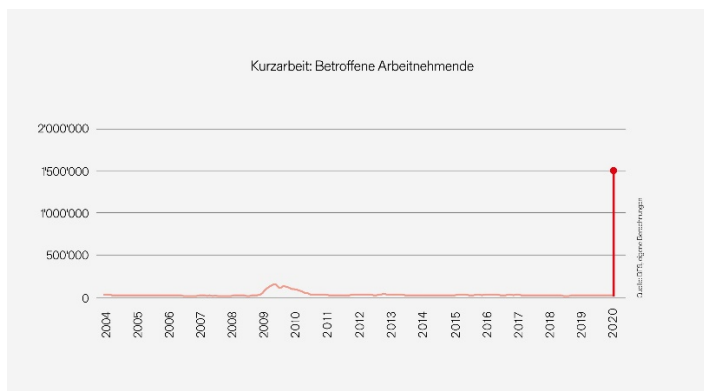
Der wirtschaftliche Einbruch aufgrund der Massnahmen gegen das Corona-Virus ist in der Zeit nach dem 2. Weltkrieg beispiellos. Verschiedene Informationen weisen darauf hin, dass die Schweizer Wirtschaft nur noch zu rund 75 Prozent läuft.

Einerseits leiden der Tourismus, die Exportindustrie und der Luftverkehr unter dem Einbruch der Weltwirtschaft und der sehr stark eingeschränkten Reisetätigkeit. Andererseits hat die Schliessung von Teilen der Schweizer Wirtschaft vor allem im Dienstleistungssektor zu enormen Ausfällen geführt. Davon betroffen sind insbesondere Arbeitnehmende mit tiefen Löhnen und prekären Arbeitsverträgen aber auch Selbständige, die sich selbst in normalen Zeiten nur knapp über Wasser halten können.

«Lohngarantien» verhindern Schlimmeres – dennoch bereits viele Entlassungen

Zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise ist der Bund den Vorschlägen der Gewerkschaften in weiten Teilen gefolgt und hat die Kurzarbeit ausgedehnt sowie einen Elternurlaub eingeführt («Lohngarantie»)¹. Insbesondere dank der Ausweitung der Kurzarbeitsentschädigung konnten viele Anstellungen erhalten bzw. Entlassungen vermieden werden. Damit sind bisher grosse Teile der Schweizer Wirtschaftsstrukturen intakt geblieben. Die Anzahl Arbeitnehmender mit Kurzarbeit schoss auf ein Allzeithoch von 1.5 Mio. Das entspricht rund 25 Prozent der anspruchsberechtigten Erwerbstätigen. Allerdings handelt es sich um eine Schätzung, da nach wie vor zahlreiche Gesuche in den Kantonen noch nicht bearbeitet wurden. Bei dieser Entwicklung dürften die 6 Mrd. Fr. des Bundes für die ALV im April aufgebraucht sein.

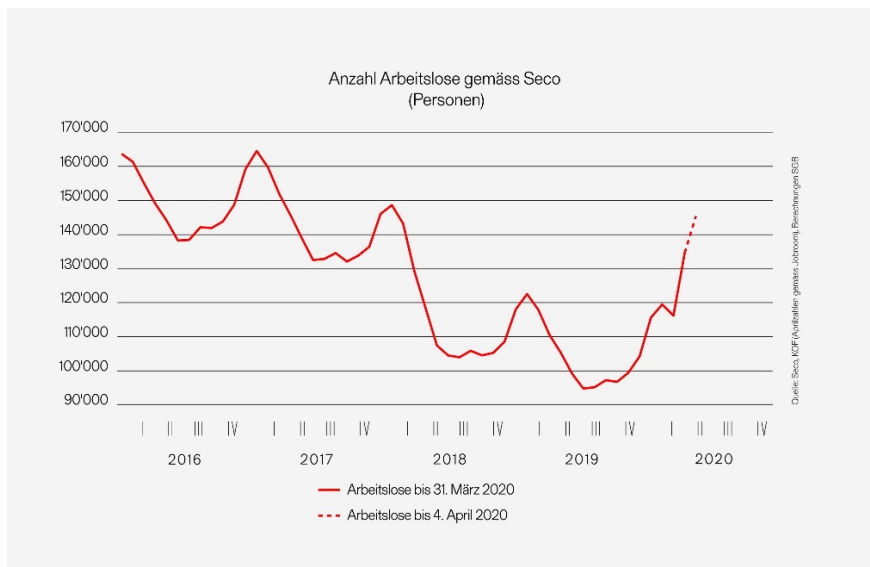
Kurzarbeit: Betroffene Arbeitnehmende



¹ Quantitativ weniger ins Gewicht fällt die Unterstützung für Kulturschaffende. Für die Betroffenen ist diese aber überlebenswichtig.

Erschreckenderweise haben viele Firmen trotz dieser Massnahmen einen Teil des Personals entlassen. Bereits im März ist die Zahl der Arbeitslosen um rund 24'000 (saisonbereinigt) gestiegen. Im April ging diese Entwicklung weiter. Bis zum 9. April kamen nochmals mehr als 10'000 Arbeitslose dazu. In früheren Rezessionen stiegen die Arbeitslosenzahlen um rund 4000 Personen pro Monat! In einer Economiesuisse-Umfrage zur Corona-Krise geben 30 Prozent der Firmen an, dass sie in den nächsten zwei Monaten Leute entlassen werden.² Für die betroffenen Arbeitnehmenden ist das ein besonders harter Schlag. Denn die Arbeitssuche ist viel schwieriger geworden. Die Zahl der bei den RAV gemeldeten offenen Stellen hat sich seit Mitte März beispielsweise mehr als halbiert. Der Stellenmarktindex der Uni Zürich ist im März um 26 Prozent gesunken.

Anzahl Arbeitslose gemäss Seco (Personen)



Quelle: Seco, KOF (Aprilzahlen gemäss Jobroom), Berechnungen SGB

Kaufkraftprobleme akzentuieren sich

Die Kurzarbeit verhindert zwar eine Kündigung. Die Betroffenen haben in der Regel aber weniger Einkommen. Die Kurzarbeitsentschädigung beläuft sich auch 80 Prozent des ausgefallenen Lohnes, wobei die Sozialversicherungsbeiträge weiterhin auf dem vertraglichen Lohn bezahlt werden. Eine Lohneinbusse von rund 20 Prozent ist für viele Personen mit unteren Einkommen finanziell schwer zu verkraften.

Wer entlassen wird, erhält in der Regel bei der Arbeitslosenkasse einen Lohnersatz von 70 bis 80 Prozent – vorausgesetzt, man hat die nötigen Beitragszeiten. Wahrscheinlich werden aber mehr Arbeitslose keine Taggelder erhalten als früher (krisenbedingt fehlende Anrechnung von ausländischen Beitragszeiten u. a.).

Kinderbetreuungsstrukturen in Gefahr – unterschätzte Probleme des Homeoffice

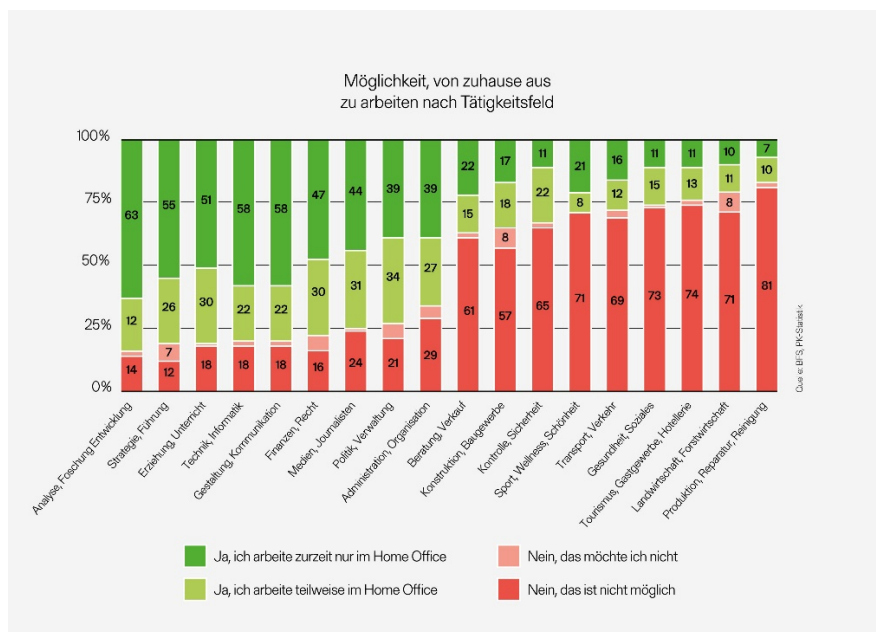
Die finanzielle Stabilisierung der Kinderbetreuungsstrukturen (Kitas) ist nach wie vor ein ungelöstes Problem. Es besteht die Gefahr, dass die mühsam aufgebauten Betreuungsstrukturen aufgrund von finanziellen Schwierigkeiten grössere Schäden erleiden.

Kitas sind gehalten, den Betrieb in Kleingruppen aufrechtzuerhalten. Eltern werden gebeten, die Kinder freiwillig zuhause zu betreuen. Gemäss verschiedenen Quellen nimmt nur ein Bruchteil der normalerweise betreuten Kinder das Angebot in Anspruch (Grössenordnung von 3 bis 30 Prozent). Doch der – freiwillige oder vom Kanton auferlegte – Verzicht geht entweder auf Kosten der Eltern,

² www.economiesuisse.ch/de/artikel/corona-pandemie-aktuelle-umfrage-zeigt-gravierende-sorgen-der-schweizer-wirtschaft

wenn sie die Beiträge weiterzahlen (müssen), oder auf Kosten der Kitas, wenn die Eltern von den Beiträgen befreit werden. Kurzarbeit ist nur begrenzt eine Lösung, weil die Betreuung in Kleingruppen nicht viel weniger Arbeit macht.

Rund die Hälfte der Berufstätigen arbeitet heute im Homeoffice (davon 32 Prozent ausschliesslich und 19 Prozent teilweise). Viele von ihnen müssen gleichzeitig Kinder betreuen. Das ist im Alltag kaum zu bewältigen. Eine Studie für Japan weist auf einen Produktivitätseinbruch im Homeoffice von mehr als einem Drittel hin.³ Das ist wirtschaftlich negativ. Viele dieser Tätigkeiten weisen eine überdurchschnittliche Wertschöpfung auf. Eine signifikant geringere Produktivität in diesen Tätigkeiten hätte nicht nur negative Auswirkungen auf den Schweizer Wohlstand, sondern auch auf die öffentlichen Einnahmen.



Selbst wenn sich bei einer allfälligen Wiedereröffnung der obligatorischen Schulen die Betreuungssituation wieder normalisieren würde, gibt es ein Problem. Denn die Grosseltern als Risikopersonen werden bei der Kinderbetreuung wohl länger ausfallen. Dadurch fehlen schätzungsweise 50'000 Betreuungsplätze!⁴

Ausblick: Besorgniserregende Wirtschaftslage bei den Handelspartnern der Schweiz

Die Massnahmen gegen die Ausbreitung des Corona-Virus zeigen in der Schweiz ihre Wirkung. Positiv ist insbesondere, dass die Spitäler und die Intensivstationen weniger stark ausgelastet sind als in den schlimmen Szenarien angenommen. Wirtschaftlich ist der Ausblick besorgniserregend. Es bleibt zu hoffen, dass nicht nur in der Schweiz, sondern auch in den anderen wirtschaftlichen Regionen die wirtschaftliche Aktivität bald wieder hochgefahren werden kann. Denn die Schweiz als offene Volkswirtschaft hängt stark von der Nachfrage und der Kaufkraft im Ausland ab.

Insbesondere in Ländern ohne Kurzarbeitsregelungen wie den USA ist die Arbeitslosigkeit extrem steil gestiegen. Von Mitte März bis zum 4. April 2020 meldeten sich fast 17 Mio. Personen als arbeitslos. Zuvor waren das rund 200'000 bis 300'000 Personen pro Woche. Forscher der FED of St. Louis rechnen mit 32 Prozent Arbeitslosen bis zum Sommer⁵ – bei sehr hoher Prognoseunsicherheit. Das Corona-Virus scheint die US-Wirtschaft richtiggehend zu zerreißen und dürfte dementsprechend auch länger sichtbare Schäden verursachen. Hier offenbaren sich die Verletzbarkeit und Gefahren eines Arbeitsmarktes, in dem der Schutz der Arbeitnehmenden kaum existiert.

³ <https://voxeu.org/article/covid-19-teleworking-and-productivity>

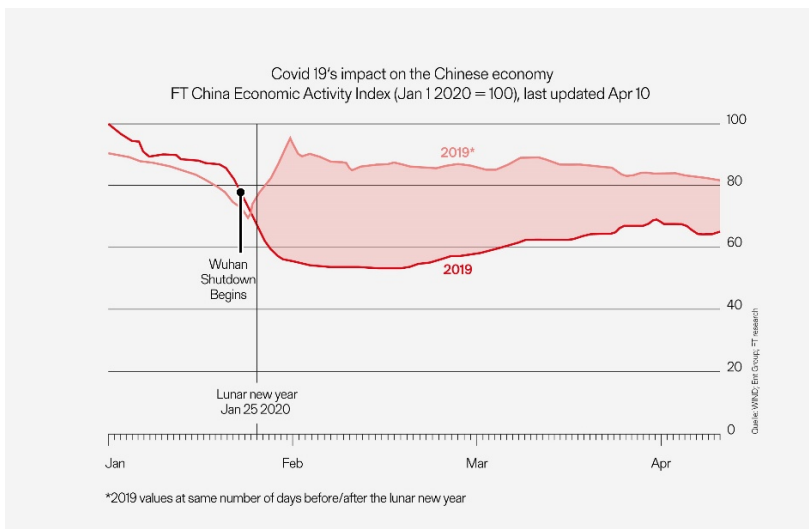
⁴ Gemäss BFS übernehmen die Grosseltern rund 160 Mio. Betreuungsstunden. Das entspricht grob geschätzt 50'000 Kita-Plätzen.

⁵ <https://voxeu.org/article/estimates-us-unemployment-rate>

Auch in Europa ist die Entwicklung auf den Arbeitsmärkten erschreckend. In Deutschland haben bis zum 6. April 650'000 Betriebe Kurzarbeit angemeldet (gegenüber 55'000 im Jahr 2009). In Frankreich sind rund 8 Mio. Arbeitnehmende in Kurzarbeit (ein Drittel der Arbeitnehmenden). Besonders hart getroffen werden Spanien (viele befristete Verträge, die auslaufen) und Italien (viele Menschen mit Tieflohn sowie Selbständige u. a.). Das Online-Stellenportal Indeed weist einen erschreckend starken Rückgang der veröffentlichten Stellen in den meisten Industrieländern aus.



In China hat sich die Lage wieder etwas erholt. Doch die spärlichen verfügbaren Informationen weisen darauf hin, dass die Wirtschaft auch hier nach wie vor deutlich unter der normalen Kapazität operiert.



Forderungen, wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen

Verantwortlich für die teilweise Wiederöffnung der Wirtschaft ist der Bundesrat. Der SGB verzichtet auf Positionierungen, welche Tätigkeiten oder Branchen zuerst wieder hochgefahren werden sollen, da er nicht über das epidemiologische Wissen verfügt. Allerdings sollten die Sozialpartner früh in die Entscheidungsprozesse mit einbezogen werden, damit die Realitäten in der Arbeitswelt ausreichend berücksichtigt werden («Tripartite Struktur»).

Die beste wirtschaftliche «Ausstiegsstrategie» ist diejenige, welche die Arbeitsplätze, die Löhne und die Arbeitsbedingungen am besten sichert. Je weniger Entlassungen erfolgen und je besser die

Strukturen erhalten werden – insbesondere auch bei den Kitas –, desto erfolgreicher wird der Neustart. Die öffentliche Diskussion über die Ausstiegsstrategie orientiert sich bisher stark an einzelnen Branchen- oder KonsumentInnenanliegen («Gartencenter»). Zu wenig beachtet wird jedoch, dass viele Berufstätige heute im Homeoffice arbeiten und gleichzeitig Kinder betreuen müssen. Das ist im Alltag kaum zu bewältigen und beeinträchtigt die Produktivität und die Qualität der Arbeit. Das hat nicht nur negative Auswirkungen auf den Schweizer Wohlstand, sondern auch auf die öffentlichen Einnahmen – zumal diese Tätigkeiten oft eine hohe Wertschöpfung haben. Ebenfalls berücksichtigt werden sollte, dass einzelne Branchen und Berufe (z. B. die Logistik wegen dem Onlinehandel) stark überlastet sind. Der SGB leitet deshalb folgende Forderungen ab, um die angespannte Lage der Arbeitnehmenden in dieser schwierigen Situation zu verbessern:

- Für besonders gefährdete Arbeitnehmende muss der Bund rasch eine Lösung präsentieren, damit sie mit Lohnersatz zuhause bleiben können oder – wenn sie arbeiten – durch entsprechende Schutzausrüstung und -massnahmen geschützt sind.
- Entlassungen und Betriebsschliessungen verhindern; Firmen, welche von den Massnahmen des Bundes Gebrauch machen, dürfen ihren Mitarbeitenden nicht kündigen – sowie keine Dividenden ausschütten. Für langjährige ältere Mitarbeitende braucht es einen besseren Kündigungsschutz.
- Der Erhalt der Kaufkraft ist von zentraler Bedeutung: Berufstätige mit unteren Löhnen müssen bei Kurzarbeit 100 Prozent Lohnersatz erhalten; und es braucht einen Erlass der Krankenkassenprämie (finanziert durch den Bund).
- Probleme bei Kitas lösen: Die öffentliche Hand muss finanzielle Garantien abgeben, damit die Strukturen erhalten bleiben; Arbeit und Kinderbetreuung wieder separieren, «Ersatz» für Grosseltern (über Corona-Elternurlaub und mehr Kita-Plätze).
- Gesundheitsschutzbestimmungen an den Arbeitsplätzen einhalten und kontrollieren: Es braucht rasche Vollzugsverbesserungen.
- Zusätzliche Bundesmittel für die Arbeitslosenversicherung: Die 6 Mrd. Fr. des Bundes werden im Laufe des Aprils voraussichtlich aufgebraucht sein.
- Es braucht einen Härtefallfonds für Selbständige – sei es beim Bund oder bei den Kantonen (mit Zusatzfinanzierung durch den Bund). Sowie eine Überbrückungshilfe für die Swiss und die flughnahen Betriebe.
- Beteiligung der Schweiz an der internationalen Koordination zur Konjunktur-Stabilisierung.
- Stabile Aufenthaltsrechte für MigrantInnen: Migrationsämter müssen wieder Bewilligungen vergeben.